

Ein Herz für die Wasserkraft

Ständerat will nicht nur Bau neuer Werke fördern, sondern auch bestehende unterstützen

Von Daniel Ballmer, Bern

Jeder im Ständerat durfte es gestern einmal erwähnen: Die Wasserkraft ist elementar für die Schweizer Energiepolitik. Rund 60 Prozent des im Inland produzierten Stroms stammen aus dieser Quelle. Oder anders: ohne Wasserkraft keine Energiewende. Deshalb legte die von Berg- und Wasserkantonen geprägte kleine Kammer am zweiten Tag ihrer Beratungen zur Energiestrategie auch besonderes Gewicht auf dieses Standbein.

Doch die Wasserkraft hat derzeit einen schweren Stand. Die starke Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland schafft ein Überangebot auf den europäischen Strommärkten. Die tiefen Strompreise bringen auch Schweizer Wasserkraftwerke in Bedrängnis. Das soll sich ändern. Mit 32 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung folgte der Rat dem Vorschlag seiner vorberatenden Kommission: Bestehende Grosswasserkraftwerke sollen künftig Finanzhilfen des Bundes erhalten, wenn sie sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Dafür will der Ständerat 0,2 Rappen aus dem Netzzuschlag für erneuerbare Energien reservieren. Allerdings müsste auch der betroffene Kanton mit tieferen Wasserzinsen einen Beitrag leisten.

Geld nur im Notfall

Dass die Ratsmehrheit neue Subventionen befürwortet, hat auch mit Interessen zu tun: Viele Ständesvertreter sind direkt oder indirekt mit der Branche verbunden. Gleich ganze 0,4 Rappen forderte denn auch Stefan Engler. Den Wasserkraftwerken sei die Differenz der Gesteungskosten zum Marktpreis teilweise zu vergüten. «Die Wasserkraft ist existenziell bedroht», warnte der Bündner CVP-Ständerat. Vielen im Rat ging die Forderung aber zu weit, sodass Engler seinen Antrag letztlich zurückzog. Sein Modell könne im Verlauf der weiteren Beratungen noch geprüft werden.

Die Gegner neuer Subventionen stritten die Probleme nicht ab. «Aber das ist eben der Markt», sagte der Luzerner FDP-Ständerat Georges Theiler. Man müsse den Mut haben, auch ein Wasserkraftwerk Konkurs gehen zu lassen. In diesem Fall würde das Werk übernommen, vielleicht mit ausländischer Beteiligung. Das sei kein Problem. Wenn «die Chinesen» reihenweise Kraftwerke aufkaufen würden, könne das Parlament immer noch eingreifen.

Die Befürworter entgegneten, es gehe hier ohnehin nicht um den reinen Markt. Die erneuerbare Energie zu fördern, sei generell ein Eingriff in den Markt, bemerkte die Zürcher Grünlibe-



Ohne Wasserkraft keine Energiewende. Die Staumauer von Moiry wurde 1958 in Betrieb gesetzt. Falls nötig soll auch dieses Kraftwerk Hilfe erhalten. Foto Keystone

rale Verena Diener. Dieser sei aus ökologischen Gründen sinnvoll. Die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz zeigte Verständnis für Theilers Argumente. Beim Kommissionsvorschlag gehe es aber um eine Lösung für Notfälle, nicht um einen neuen Subventionstatbestand.

Energieministerin Doris Leuthard gab zu bedenken, dass die Wasserkraftwerke über Jahrzehnte hinweg gutes Geld verdient hätten – in der Regel über eine Milliarde Franken im Jahr. Die CVP-Bundesrätin stellte sich dennoch nicht gänzlich gegen Finanzhilfen. Wenn schon Hilfe dürfe diese aber nur im Notfall ausgerichtet werden, nicht nach dem Giesskannenprinzip, wie es

Englers Modell verlange. Der Nationalrat hatte auf eine Unterstützung der bestehenden Wasserkraft verzichtet.

Anlagen auch in Schutzzonen

Anders als National- und Bundesrat will der Ständerat zudem die Förderung der Erneuerbaren mit der sogenannten Sunset-Klausel zeitlich befristen: Ab dem sechsten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen keine neuen Anlagen mehr ins Fördersystem aufgenommen werden. Ab 2031 sollen auch Einmalvergütungen und Investitionsbeiträge gestoppt werden.

Weiter will der Ständerat, dass Windturbinen, Wasserkraftwerke oder Pump-

Bonmots aus der Ratsdebatte

«Die Energiewende hat längst begonnen. Wer das nicht wahrhaben will, streut sich und der Bevölkerung Sand in die Augen und das bringt nichts – ausser Sehbeschwerden.»

Verena Diener, GLP-Ständerätin Zürich

«Diese Passage ist unheimlich umständlich formuliert. Wenn Sie diesen Gesetzestext auf Anhieb verstehen, dann zahle ich Ihnen einen Kaffee.»

Georges Theiler, FDP-Ständerat Luzern

«Bei der AKW-Sicherheit habe ich nach wie vor ein gutes Gefühl. Ich bin mir dabei aber bewusst, dass man sich in Gefühlen bekanntermassen auch schon getäuscht hat, und das nicht nur in der Liebe.»

Werner Hösli, SVP-Ständerat Glarus

«Ich bin Präsident des Schweizerischen Fischerei-Verbands. Ich spreche hier aber nicht als Vertreter der Fischer, sondern als Vertreter der Fische.»

Roberto Zanetti, SP-Ständerat Solothurn

«Wir haben in der Kommission alle diese Fragen des Langen und Breiten diskutiert. Wir haben uns von der Verwaltung etwa sieben Vorschläge erarbeiten lassen. Die Vertreter der Verwaltung sind vor lauter Arbeit fast hops gegangen.»

Georges Theiler, FDP-Ständerat Luzern

speicherkraftwerke künftig auch in Naturschutzgebieten gebaut werden können. Konkret: Die Nutzung erneuerbarer Energien soll zum nationalen Interesse erklärt werden. So wäre eine Güterabwägung möglich, wenn Landschaften von nationaler Bedeutung betroffen sind. «Das darf kein Freipass sein», betonte der Zuger Freisinnige Joachim Eder. «Schutzgebiete dürfen aber auch keine Tabuzonen sein.» Der Ständerat folgte damit grundsätzlich Bundes- und Nationalrat, schränkte aber als Konzession an die Umweltverbände die Güterabwägung etwas ein. Diese soll nur möglich sein, wenn das Schutzgebiet nicht «im Kern seines Schutzwertes verletzt wird».

Nachrichten

Banken: Keine neuen Sorgfaltspflichten

Bern. Der Nationalrat will keine neuen Sorgfaltspflichten für Banken einführen. Die Vorschläge des Bundesrates, strengere Regeln für ungesteuerte Gelder einzuführen, sind gestern am bürgerlichen Widerstand gescheitert. Die grosse Kammer beschloss mit 126 zu 56 Stimmen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Das Geschäft geht an den Ständerat. Tritt auch dieser nicht auf diese ein, ist sie vom Tisch. SDA

Schneesportwoche wird nicht zur Pflicht

Bern. Der Bund soll die Bevölkerung darin unterstützen, mehr Schneesport zu treiben. Aus Sicht des Parlamentes braucht es dazu aber keine obligatorische Schneesportwoche. Der Nationalrat hat gestern eine entsprechende Motion abgelehnt. SDA

Armee ist weiterhin am WEF präsent

Bern. Die Armee darf weiter die zivilen Behörden am World Economic Forum (WEF) in Davos unterstützen. Nach dem Ständerat hat der Nationalrat einem Entwurf des Bundesrates zugestimmt. Chancenlos blieb ein Antrag der SP, einen Drittel der Sicherheitskosten auf Graubünden und die WEF-Organisatoren zu überwälzen. SDA

Ergänzungsleistungen werden Miete angepasst

Bern. Bezüger von Ergänzungsleistungen zur AHV oder IV sollen künftig mehr Geld für die Wohnungsmiete erhalten. Der Nationalrat zeigte sich mit diesem Vorschlag des Bundesrats im Grundsatz einverstanden. Im Detail hat er noch nicht darüber beraten – er entschied lediglich, die Vorlage einzeln zu behandeln und nicht in die anstehende Reform der Ergänzungsleistungen (EL) zu integrieren. SDA

SBB wollen massiv Energie sparen

Olten. Die SBB rüsten rund 3000 Bahnwagen technisch auf, um massiv Energie zu sparen. So fällt die Heizung in abgestellten Wagen in den Schlummermodus, die Lüftung reagiert auf die Zahl der Reisenden im Wagen und LED-Beleuchtungen ersetzen die bisherigen Röhren. Bis 2020 sollen mit den Energieeffizienzmassnahmen 123 Gigawattstunden (GWh) Strom pro Jahr gespart werden, wie SBB-Vertreter gestern im Werk in Olten sagten. Damit würden Energiekosten von 15,4 Millionen Franken gespart. SDA

Asylentscheide sollen schneller fallen

Reform ist bereit für die Schlussabstimmung am Freitag

Bern. Das Parlament hat einem Umbau des Asylsystems zugestimmt, der zu einer Beschleunigung im Asylwesen führen soll. Der Ständerat räumte gestern die letzten Differenzen zum Nationalrat aus. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung am Ende der Session. Die Asylreform stiess im Parlament auf breite Zustimmung. Dagegen stellte sich die SVP, obwohl auch sie stets raschere Verfahren gefordert hatte. Den SVP-Vertretern wurde deshalb vorgeworfen, gar nicht an Lösungen interessiert zu sein.

In den Details blieben die Räte weitgehend auf Bundesratskurs. Künftig sollen die meisten Asylverfahren noch maximal 140 Tage dauern, inklusive Beschwerden. Voraussetzung dafür ist, dass die Asylsuchenden für die gesamte Dauer des Verfahrens in Zentren des Bundes untergebracht werden. Dort sind künftig alle wichtigen Akteure des Verfahrens tätig – Mitarbeiter des Staatssekretariats für Migration, Rechtsvertreter, Dolmetscher und Dokumentenprüfer. Der Bundesrat rechnet damit, dass rund 60 Prozent aller Verfahren beschleunigt durchgeführt werden können. Den Kantonen werden nur noch Asylsuchende zugewiesen, für deren Gesuche weitere Abklärungen nötig sind. Diese Verfahren sollen inner-

halb eines Jahres rechtskräftig abgeschlossen werden.

Kostenlose Rechtsvertretung

Damit die Verfahren trotz dem hohen Tempo und den kurzen Beschwerdefristen rechtsstaatlich korrekt sind, erhalten Asylsuchende eine kostenlose Rechtsvertretung. Dieser Punkt war zu Beginn bei den bürgerlichen Parteien auf Skepsis gestossen. Mit Ausnahme der SVP sprachen sich am Ende aber alle dafür aus.

Einverstanden zeigten sich beide Räte auch damit, dass Bauten des Bundes für begrenzte Zeit ohne kantonale und kommunale Bewilligung und ohne Plangenehmigungsverfahren für die Unterbringung von Asylsuchenden benutzt werden dürfen. Allerdings verkündeten die Räte im Gesetz, dass der Bund bei der Errichtung der Zentren die Kantone und Gemeinden frühzeitig einbeziehen muss.

Von den Vorschlägen des Bundesrates leicht abgewichen ist das Parlament bei den Sonderzentren: Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährden, sollen zwingend in einem besonderen Zentrum untergebracht werden. Wo ein solches Zentrum eingerichtet werden könnte, bleibt indes offen. Eine kleine

Änderung beschlossen die Räte ferner bei den Bestimmungen zur Nothilfe: Für vorläufig aufgenommene Personen ist diese künftig nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen auszurichten. Hier setzte sich die SVP durch. Mit Dutzenden von weiteren Vorschlägen scheiterte sie. Ebenso erfolglos waren allerdings SP und Grüne mit ihren Anträgen. Sie forderten unter anderem, dass die Schweiz das vor drei Jahren abgeschaffte Botschafts asyl wieder einführt. Weil die Mehrheit dagegen war, enthielten sich die Grünen am Ende der Stimme.

Offene Fragen

Der Nationalrat beriet die Asylreform unter dem Eindruck der dramatischen Ereignisse und Bilder der letzten Wochen. Die Rednerinnen und Redner waren sich einig, dass die aktuelle Flüchtlingskrise viele Fragen aufwirft, auch in Bezug auf das Dublin-System.

Sommaruga bekräftigte, es gebe keine nationalen Lösungen für die gegenwärtigen Probleme. Das Dublin-System sei unter Druck, aber nicht am Ende. Das Ei des Kolumbus gebe es in der Asylpolitik nicht, sagte Sommaruga weiter. Die nun beschlossene Asylreform bringe aber rasche und faire Verfahren. SDA

ANZEIGE

SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



Fragen zu den Wahlen?
Gratis-Hotline: 0800 002 444